



Grundbildung – Strategie von Bund und Ländern gegen Bildungsarmut und geringe Literalität erforderlich!

// Dass gut 6 Millionen Menschen in Deutschland im erwerbsfähigen Alter zu den gering literarisierten Personen gehören und damit weder ausführliche Sätze richtig lesen noch schreiben können, ist eine Erkenntnis der Level-One-Studien 2010 und 2018, in deren Folge sowohl die Bundesregierung als auch die Länder ab 2016 die „Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung“ ausgerufen haben.//

Der Bildungsgewerkschaft GEW ist es ein Anliegen, im Rahmen der Dekade auf drei für die Grundbildung wesentliche Aspekte hinzuwirken: Wir sind der Überzeugung, dass ein Rechtsanspruch auf Grundbildung mit verbindlichen und verlässlichen Strukturen einhergeht. Für die Lernenden in der Grundbildung wird ein flächendeckendes, hochwertiges, kostenfreies sowie niederschwelliges Angebot benötigt, das personell entsprechend ausgestattete Grundbildungszentren unterbreiten können. Erforderlich ist ferner eine Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse in der Grundbildung - gute Arbeit und Profession in der Weiterbildung sind also zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Vor diesem Hintergrund hat die Max-Traeger-Stiftung den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Michael Wrase (Wissenschaftszentrum Berlin) mit dem [Gutachten](#) „Das Recht auf Grundbildung und die Pflicht des Staates zur Sicherung des bildungsrechtlichen Existenzminimums“ beauftragt.



Es gibt klare Auskunft auf die Frage, wie Bund und Länder in einer gemeinsamen Strategie die staatliche Pflicht zur Gewährleistung eines bildungsrechtlichen Existenzminimums erfüllen und somit der unter anderem durch die Level-One-Studien aufgedeckten Bildungsarmut begegnen können. Die Bildungspolitik der Länder - zuständig für das Schulwesen und die Erwachsenenbildung - und die Sozialgesetzgebung des Bundes - konkretisiert in den Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie in der Berufsausbildung, beruflichen Weiterbildung und der Jugendhilfe - müssen enger verzahnt werden!

Schweriner Erklärung: Tagungsdokumentation und Video

Mitte Juni konnte der Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung gemeinsam mit dem DGB Nord in Schwerin die Tagung „Wichtiger denn je: Politische Bildung und Professionalisierung“ als erste größere Präsenzveranstaltung der GEW seit Bestehen der Corona-Pandemie ausrichten. Angesichts der vielen Unabwägbarkeiten war dies nicht von Anfang an sicher; unter Beachtung der erforderlichen Mindestabstände und Hygieneregeln boten der traditionsreiche Goldene Saal des Schweriner Justizministeriums sowie der Plenarsaal im Schloss Schwerin, Sitz des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, einen geeigneten Rahmen für die Veranstaltung, innerhalb derer die GEW die „Schweriner Erklärung: Demokratie stärken – mehr politische Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung!“ veröffentlicht hat. Einen Bericht zur Tagung finden Sie auf der GEW-Homepage unter „Aktuelles“, ein Video mit ausgewählten Kernbotschaften auch auf Youtube.



Veranstaltungsankündigung: GEW-Fachtag „Der Zweite Bildungsweg in den Bundesländern – Strukturen und Perspektiven“ am 23. September 2020

Der Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW veranstaltet am Donnerstag, dem 23. September 2020, in Frankfurt am Main einen Fachtag, an dem u.a. Prof. Dr. Bernd Käßlinger das von ihm im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung erstellte gleichlautende Gutachten vorstellt und Schlussfolgerungen für die Bildungspolitik des Zweiten Bildungswegs erörtert werden sollen.

Das Programm des Fachtags sowie genaue Informationen zur Anmeldung können bei Brigitte.Kramer@gew.de erbeten werden.